

Stracke im Gespräch über das Lieferkettengesetz

Kaufbeuren Über das geplante Lieferkettengesetz, das die Einhaltung von Menschenrechten im globalen Handel gewährleisten soll, diskutierte der Vorsitzende des Kaufbeurer Weltladens, Gerd Scholze, mit Stephan Stracke, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CSU im Deutschen Bundestag. Scholze ist überzeugt, dass viele Deutsche bereit sind, für Konsumgüter ein paar Cent mehr zu bezahlen, wenn damit Missstände vermieden werden. Einig waren sich die Gesprächspartner darin, dass ein Lieferkettengesetz notwendig ist, um sicherzustellen, dass Unternehmen weltweit Menschenrechte achten, und um Kinderarbeit und Umweltzerstörung zu verhindern. Mit der Ausbeutung der Ärmsten dieser Erde und dieser neuen Form des Kolonialismus müsse Schluss sein. Der Allgäuer Abgeordnete unterzeichnete das von Scholze mitgebrachte Plakat mit den Forderungen der „Initiative Lieferkettengesetz“. In dieser Initiative werben die Weltläden zusammen mit vielen anderen gesellschaftlichen und kirchlichen Gruppierungen intensiv für diese gesetzliche Verpflichtung. (az)